

Die SPD/Grüne/Linke-Koalition im Bielefelder Rathaus steht.

Viele Schritte in die richtige Richtung

Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft wird in Angriff genommen. SPD und Grüne sind uns gefolgt, dass ohne städtischen Wohnungsbau die Mieten in unbezahlbare Höhen schnellen werden. Und das zeigt sich im Koalitionsvertrag: Der öffentliche Bausektor wird gestärkt, der Privatisierungswahn eingedämmt. Inzwischen sind Auswirkungen der Hartz IV Gesetze auch bei SPD und Grünen vor Ort umstritten, sodass es der LINKEN gelingen konnte, Aussagen zum Abbau von Sanktionen zu setzen und den monatlichen Preis für das



Bernd Vollmer, Florian Straemanns, Brigitte Stelze beim Unterzeichnen des Koalitionsvertrages

sogenannte „Sozialticket“ (bald BI-Pass Ticket) um 11 Euro zu senken. In anderen Punkten haben schon die Wahlprogramme Schnittstellen gezeigt. Die Stadtbahn zügig ausbauen, den Klimaschutz

ernst nehmen und Wege für Fuß- und Radverkehr schaffen. Es war klar, dass eine Koalition mit der CDU diese Probleme nicht anpacken würde. Und manche Bretter sind so dick, dass sie nicht

sofort gebohrt werden können. Die LINKE hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die Stadt und ihre Tochtergesellschaften bei der Vergabe von Aufträgen und bei Leistungsverträgen auf Tariftreue achten werden und wir konnten Aussagen für mehr Beachtung der Gesundheits- und Pflegeentwicklung setzen. Das ist nicht allen Koalitionspartnern gleich wichtig, trifft auf Vorbehalte und Hindernisse. Aber die Richtung stimmt und die LINKE wird darauf achten, dass es vorangeht. Schließlich gibt es auch Wermutstropfen – wie im-

mer, wenn sich drei unterschiedliche Partner einigen müssen. Die problembeladene Neubauplanung der Gesamtschule Schildesche an zwei Standorten ist bereits 2018 durch Ratsbeschluss auf die Schiene gesetzt worden. Den Zug konnten selbst unsere vielen guten Argumente nicht mehr aufhalten. Alles in allem: Wichtige Schritte zu einer Politik für die große Mehrheit der Bielefelder*innen durch die Verschiebung der Rathaus-Politik nach LINKS.

Brigitte Stelze und Florian Straemanns
Sprecher*innen
Kreisverband Bielefeld

Wohnen - Ein zentrales Thema

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis90/DieGrünen und der LINKEN ist unterschrieben. Ein zentrales Thema wird die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sein, denn es fehlen sehr viele Wohnungen und viele vorhandene Wohnungen sind zu teuer. Bereits seit vielen Jahren müssen rund 22.000 Bielefelder*innen in zu teuren Wohnungen leben.

● Daher steht ein politischer Schwerpunkt linker Politik in Bielefeld am Anfang des Koalitionsvertrages: Das wichtigste Vorhaben ist, dass die BGW 2000 bezahlbare

Wohnungen bauen soll. Dieses ist ein sehr ambitioniertes Unterfangen und Politik, Verwaltung und BGW müssen hier gut zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Die Hälfte dieser Wohnungen soll geförderter Wohnungsbau mit einer Mietpreisbindung sein.

● Trotz der Wohnungsnot stehen viele Wohnungen leer. Um hier der Stadtverwaltung Handlungsoptionen zu geben, soll in Zukunft ein*e Leerstandmanager*in dazu beitragen, Leerstände zu vermeiden.

● Mit der Baulandstrategie sollen der BGW und auch den Bielefelder Baugenossenschaften bezahlbares Bauland zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist es empfehlenswert, das Erbbaurecht anzuwenden. So lassen sich alternative Wohnprojekte

fördern, aber auch Grundstücke langfristig für die Stadt sichern.

● Eine zentrale Bedeutung haben die großen Kasernengelände und ehemaligen Britten-Siedlungen. Der Prozess der Konversion soll mit Nachdruck weiter vor-

angetrieben werden. Für das dringend benötigte Bauland wollen wir in den nächsten Jahren für Kasernenflächen Baurecht schaffen. Die ehemaligen Briten-Siedlungen sollen möglichst in kommunaler Hand bleiben.

● Daneben soll im Mietpiegel der Zuschlag für gute Wohnlage bei ehemaligen Sozialwohnungen aufgehoben werden.

Wir wollen mit unserer Arbeit die Wohnungssituation in Bielefeld sozial gerechter gestalten.

Bernd Vollmer
Ratsmitglied



ehem. Britensiedlung Am Dreierfeld



Einweihung des Obelisken
im Mai 1945

Neugestaltung der Gedenkstätte STALAG 326

Ein fragwürdiges Konzept

50 Millionen Euro hat der Bund und das Land NRW für die Neugestaltung der Gedenkstätte des Kriegsgefangenenlagers STALAG 326 in Schloß Holte-Stukenbrock im Eilverfahren und ohne öffentliche Diskussion genehmigt. In diesem Lager starben zehntausende sowjetische Kriegsgefangene und sie fanden über Jahrzehnte im Gegenwind des Kalten Krieges keine Würdigung. So waren die politischen Kräfte noch 2013 mit einer konservativen Mehrheit im Bundestag nicht mal bereit eine symbolische Entschädigung für die sowjetischen Kriegsgefangenen zu zahlen. DIE LINKE fordert schon lange die Aufwertung der Gedenkstätte. Jetzt gibt es eine Machbarkeitsstudie, die eine Erstellungssumme von 60 Millionen Euro für 6.400 qm umbauten Raum vorsieht und jährlich 200.000 Besucher prognostiziert. Dazu kommen jährliche Betriebskosten in Höhe von 5,6 Millionen Euro, die

die umliegenden Kommunen und Kreise zur Hälfte tragen sollen. Das erscheint insgesamt überdimensioniert.

Auch an der inhaltlichen Konzeption haben wir große Bedenken. Unter dem Motto „Das Lager wird überall gemacht!“ sollen die regional verstreuten Einsatzorte der Kriegsgefangenen beispielsweise in der Landwirtschaft und der Industrie in den Mittelpunkt gerückt werden – es entsteht der Eindruck, alle seien schuld. Dadurch tritt zwangsläufig die Verantwortung der Wehrmacht für den mörderischen Terror im Lager in den Hintergrund. Fatal ist auch die Nichteinbeziehung des Ehrenfriedhofs und des Vereins „Blumen für Stukenbrock“ in das Konzept.

Fazit: Ein überdimensioniertes Projekt mit einem fragwürdigen Konzept!

Dr. Roswitha Rosinski
Stellvertretendes Mitglied im
Kulturausschuss

Gute Arbeit für Bielefeld

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen war es uns wichtig das gewerkschaftlich geprägte Thema „Gute Arbeit“ zu verankern:

„Wir stehen für gute Arbeitsbedingungen, die sich neben angemessener Entlohnung durch ein kollegiales Arbeitsklima auszeichnen. [...] Hier sollte die Stadt als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion einnehmen.“ „Besonders im Interesse der Arbeitnehmer*innen und kleinen Einzelhandelsbetriebe verständigen wir uns auf einen sensiblen Umgang mit verkaufsoffenen Sonntagen.“

Diese und weitere Aussagen verstehen wir als Ansporn zur Weiterentwicklung. Hier braucht es auch den Druck der kritischen Öffentlichkeit!

Wir werden daran arbeiten, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Standards und Qualitätskriterien weiterentwickelt werden. Gute Arbeit soll gut bezahlt werden. Das gilt für die Beschäftigten der Stadt genauso wie für die Beschäftigten in den städtischen Beteiligungen und bei den Vertragspartner*innen. Darum wollen wir, dass bei der Stadt, den städtischen Beteiligungen und den städtischen Dienstleistern die geltenden Tarifverträge beachtet werden. Das Prinzip der Tariftreue ist uns wichtig! Im Rahmen der zu verhandelnden Leistungsverträge werden wir auf die Sicherung der Tariftreue achten.

Brigitte Stelze
Ratsmitglied

Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule in Schildesche

„Die LINKEN nehmen den Beschluss aus 2018 zur Kenntnis und werden die Realisierung, insbesondere die verkehrliche Situation sowie die Kostenentwicklung des Bauprojekts kritisch begleiten.“ So steht es im Koalitionsvertrag, der am 18. März 2021 von LINKEN, SPD und Grünen unterschrieben wurde. Eine Umkehrung des Beschlusses der vergangenen Ratsperiode zum Neubau der Gesamtschule in Schildesche war nicht durchsetzbar: Wir kritisieren weiterhin die Aufteilung auf zwei Standorte, das fehlende Verkehrskonzept und die ungewisse Kostenentwicklung und befürchten weitere Verzögerungen und Komplikatio-

nen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass DIE LINKE positiven Einfluss auf den Prozess der weiteren Planung und des Neubaus nimmt. Die Stadt muss jetzt zügig handeln und alles tun, damit der Neubau trotz der Herausforderungen zu einem Erfolg wird, damit das pädagogische Konzept bestmöglich umgesetzt werden kann und ein attraktives Schulzentrum entsteht. Wir haben als LINKE erreicht, dass der Altstandort gemeinwohlorientiert genutzt werden soll. Er soll in einem partizipativen Prozess vor allem für soziale und kulturelle Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Meike Taebig
Mitglied im Schul- und
Sportausschuss



Gefährliche Verkehrsführung
An der Reegt

Für eine Gesamtschule in Mitte!

Zum Schuljahr 2019/2020 sind in Bielefeld 130 Schüler*innen von einem Gymnasium und 48 von einer Realschule auf eine andere Schulform abgeschult worden. Für die meisten Schüler*innen ist ein solcher erzwungener Wechsel nach „unten“ ein einschneidendes Erlebnis in der Bildungsbiografie und führt oft in eine Abwärtsspirale. Das System produziert so frustrierte und enttäuschte Schüler*innen mit schlechten Chancen auf einen qualifizierten Abschluss und die Bildungsungerechtigkeit verschärft sich. Auch das frühe „Auswieben“ der Schüler*innen nach Klasse 4 hat sich schon lange als untauglich erwiesen und benachteiligt insbesondere Kinder aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund. Bei gleichen Leistungen erhalten diese Kinder seltener eine Gymnasialempfehlung, was ihre zukünftigen Bildungschancen maßgeblich ver-

schlechtert. Damit muss endlich Schluss sein!

Deshalb setzen wir auf integrative Schulsysteme des gemeinsamen Lernens. In Gesamtschulen gibt es keine Verlierer, nur Gewinner. Das Ziel ist es, jede*r Schüler*in die bestmögliche Bildung und den bestmöglichen Abschluss zu ermöglichen. Es gibt keine Abschlüsse, kein Sitzenbleiben bis zur Klasse 9 und durch individuelle Förderung können Schüler*innen sich individuell entfalten und interessenorientiert lernen. Fast 80 Prozent der Abiturient*innen an Gesamtschulen hatten beim Wechsel von der Grundschule keine Empfehlung für ein Gymnasium. Um gegen die Ungerechtigkeit vorzugehen und allen Bielefelder Schüler*innen die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, benötigen wir auch in Bielefeld Mitte endlich eine Schule des gemeinsamen Lernens – integrativ, inklusiv, offen, sozial, tolerant und für Alle.

Meike Taebig
Ratsmitglied

Bielefeld-Hannover ICE-Neubaustrecke

Im Januar fand die Auftaktveranstaltung zur ICE-Neubaustrecke Bielefeld-Hannover statt. Damit beginnen offiziell die Planungen für dieses Großprojekt. Bielefeld ist mit seinem Hauptbahnhof besonders betroffen. Hier soll es den zentralen Halt der Fernzüge in OWL geben.

Problematisch bei dem gesamten Projekt ist die endgültige Trassenführung: es ist noch unklar welche wertvollen Flächen geopfert werden müssen.

Ein weiteres Problem ist die Umsteigesituation zwischen Fern- und Regionalverkehr. Immerhin neun Verbindungen gibt es von Bielefeld aus, die bis Osnabrück,

Paderborn aber auch Hameln und Nienburg reichen.

Eine kürzere Fahrzeit nach Hannover bringt nichts, wenn gleichzeitig lange Wartezeiten im Bahnhof in Bielefeld entstehen. Passend zum Fernverkehr müsste ergänzend ein S-Bahn-Netz OWL mit Taktzeiten von 30 Minuten eingerichtet werden. Erste Überlegungen für ein S-Bahn-Netz OWL gibt es bereits, aber dieser wichtige Punkt war kein Thema bei den Planungen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass genau dieser Punkt berücksichtigt wird.

Bernd Vollmer

Mitglied im
Stadtentwicklungsausschuss

Ein Schritt in die richtige Richtung Das Sozialticket

Die Verkehrswende bedeutet auch, dass die Tarife für den öffentlichen Nahverkehr attraktiver werden müssen. Das gilt besonders für die Gruppe der Menschen, die nur ein geringes finanzielles Budget zu Verfügung haben, insbesondere Grundsicherungsempfänger*innen (Rentner*innen, Erwerbslose und Aufstocker*innen). Die schon niedrigen Regelsätze beinhalten zwar eine Position für Mobilität, der Preis für das Bielefelder Sozialticket lag aber Welten darüber. So fordert das „Bündnis für ein Sozialticket in Bielefeld“, in dem sich auch DIE LINKE engagiert, seit Jahren eine deutliche Redu-

zierung des Ticketpreises. Der neue Koalitionsvertrag beinhaltet nun einen ersten Schritt in die richtige Richtung: Das neue Sozialticket, nun diskriminierungsfrei als BI-Pass-Ticket bezeichnet, soll in Zukunft 29 Euro kosten und der Preis soll in den nächsten fünf Jahren nicht erhöht werden. Das 9Uhr-Ticket wird entsprechend preislich angepasst. Auch soll ein Azubi-Ticket eingeführt werden, dass sich an der SchülerCard orientiert.

Perspektivisch setzt sich DIE LINKE für einen Nulltarif ein.

Bernd Vollmer

Fraktionsvorsitzender
der LINKEN

Bielefeld wird natürlicher!

Wir haben uns viel vorgenommen. Der rasant voranschreitende Klimawandel und der Verlust von Artenvielfalt lassen uns keine Zeit.

Mit der zügigen Pflanzung von 1.000 Bäumen im Stadtgebiet wollen wir den Baumbestand sichern und mit einer Baumschutzsatzung verhindern, dass Bäume unnötig gefällt werden. Der städtische Wald soll nachhaltig bewirtschaftet und mindestens 10% als Naturwald ausgewiesen werden. Insekten und andere Tiere sollen sich durch mehr blühende Wiesen, Biotopverbunde und natürlichere

Bachläufe wieder heimischer fühlen.

In einer wachsenden Stadt werden für die Menschen mehr bezahlbare Wohnungen benötigt. Den notwendigen Flächenverbrauch wollen wir durch Verdichtung und den Bau von Mehrfamilienhäusern so gering wie möglich halten.

Bielefeld soll bis 2035 die Klimaneutralität erreichen.

Dafür brauchen wir mehr Bus und Bahn, mehr regenerative Energien, Vorgaben bei neuen Wohngebieten für Photovoltaik und klimaschonende Bauweisen. Ob wir das Ziel erreichen hängt nicht nur



von der Kommunalpolitik, sondern auch von übergeordneten Politikerebenen, der Art des Wirtschaftens und dem individuellen

Verhalten vieler ab. Wir wollen jedenfalls gemeinsam mit den Menschen vor Ort die richtigen Weichen stellen.

Carsten Strauch

Mitglied im Ausschuss
für Umwelt
und Klimaschutz

DIE LINKE. im Rat

Auf der **Ratssitzung am 11. Februar** hat DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen den Antrag Sofortmaßnahmen für Vereine eingebracht. Um die wirtschaftlichen Corona-Folgen für Vereine abzumildern, sollen Sondermittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem hat DIE LINKE einen Antrag gestellt, damit Kulturarbeit neu belebt und besonders gefördert wird. 150.000 Euro für gemeinnützige Vereine und weitere Sondermittel in Höhe von 150.000 Euro für Bielefelder Kulturschaffende wurden mit einem zusammengeführten Antrag mit großer Mehrheit beschlossen.

Gemeinsam mit SPD und Grünen hat DIE LINKE den Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2022 vorgelegt. Hier werden wichtige Vorgaben für den Haushalt festgelegt. Es sind Mehraufwendungen insbesondere in den Bereichen Soziales, Bauen, Klimaschutz und Mobilitätswende vorzusehen. Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen.

Der Antrag der LINKEN, FFP2-Masken Empfänger*innen von Grundsicherung und Menschen mit geringem Einkommen kostenlos zur Verfügung zu stellen, wurde an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen und dort beschlossen.

DIE LINKE hat auf der **Ratssitzung am 18. März** gemeinsam mit SPD und Grünen die Einrichtung eines Gedenkortes für die Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus beantragt. Um der Opfer zu gedenken und die Bielefelder*innen für die Ursachen von Rassismus und Rechtsextremismus stärker zu sensibilisieren, soll ein Gedenkort auf dem Kesselbrink eingerichtet werden. Der Antrag wurde mit der „Initiative für einen Gedenkort für die Opfer rassistischer Gewalt“ ausgearbeitet und im Rat so mehrheitlich beschlossen.

Gülcan Turan

Fraktionsgeschäftsführerin



Naherholung und Naturschutz Ein deutlicher Sieg

Im letzten Jahr entschloss sich der katholische Träger des Laurentius-Altenheimes an der Weiestraße zu einem Neubau. Dazu reaktivierte er einen 50 Jahre alten Bebauungsplan und beabsichtigte, das Gebäude schräg gegenüber im Gellershagener Parks zu errichten. Es sollten über 40 alte Eichen gefällt werden. Der Bauherr hatte jedoch nicht mit dem heftigen Widerstand einer Bürgerinitiative und der beiden Bezirksvertreter*innen der LINKEN gerechnet. Trotzdem stimmte die Bezirksvertretung Schildesche mit großer Mehrheit und „heftigen Bauchschmerzen“ der Grünen gegen die Stimmen der LINKEN

dem Verkauf zu. Ein weiteres Argument, dass die Kirche finanziell doch eigentlich so gut aufgestellt sein müsste, um ihre Projekte nicht unbedingt im Naherholungspark, statt auf teurem Bauland errichten zu müssen, löste den heiligen Zorn der CDU aus.

Dennoch, die Aktionen und die Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerinitiative und der LINKEN zeigten Wirkung: Plötzlich sah sich der Träger in der Lage, statt eines Neubaus im Gellershagener Park einen Anbau an dem bestehenden Altenheim zu errichten.

**Inge Bernert und
Dr. Hartwig Hawerkamp**
Bezirksvertretung Schildesche

Neuen Bebauungsplan durchgesetzt: Einzelhandel mit Wohnungen

Jahrelang plante die Bezirksvertretung Senne zusammen mit dem Investor die Bebauung an der Windelsbleicher /Friedrichsdorfer Straße. Aldi wollte auf diesem Grundstück bauen und drohte mit dem Wegzug, falls der Neubau nicht an gewünschtem Ort realisiert würde. Drei Tage vor der endgültigen Abstimmung entschied sich Aldi am alten Standort zu bleiben.

Seit Sommer 2020 zeigt auch Rewe Interesse. DIE LINKE, SPD und Grüne halten die vorhandenen Lebensmittelmärkte in Senne für völlig ausreichend. Und die Zustimmung für den Bau des Rewe-Marktes soll es nur geben, wenn zusätzlich Wohnungen auf dem Einkaufsmarkt ge-

baut werden. Deshalb hatten die Bezirksvertreter*innenderLINKEN, SPD und Grünen im Januar den Neubau des Nahversorgungszentrums mit Bäcker, Musikschule und Optiker erstmal gestoppt.

DIE LINKE hat sich lange dafür eingesetzt, jetzt gibt es den Ratsbeschluss: Einzelhandel in Bielefeld nur noch mit Wohnungen. Auch in Senne wird dementsprechend der Bebauungsplan geändert. Auf dem Rewe-Markt werden Wohnungen gebaut, 50 Prozent davon als sozialer Wohnungsbau. Gleichzeitig können jetzt auch neue Räumlichkeiten für Bäcker, Musikschule und Optiker geschaffen werden.

Christian Varchmin
Bezirksvertretung Senne

DIE LINKE wirkt

Soziale Härten und Sanktionen vermeiden!

Auf Druck der LINKEN wurden 2019 die Richtwerte für Wohnkosten bei Hartz IV und Grundversicherung deutlich erhöht. Spätestens alle zwei Jahre muss eine Anpassung an die Mietpreisentwicklung erfolgen. Im Koalitionsvertrag konnten wir verankern, dass das zugrunde liegende Konzept regelmäßig auf Lücken und Härten überprüft werden soll. Dabei muss berücksichtigt werden, dass tatsächlich genügend bezahlbare Wohnungen vorhanden sind. Außerdem wollen wir verhindern, dass Menschen nach Mieterhöhungen ihre Wohnung aufgeben müssen.

Weiter ist uns wichtig, Sanktionen (Strafmaßnahmen) möglichst zu vermeiden. Gemeint sind Leistungskürzungen, wenn jemand

gegen Melde- oder Mitwirkungspflichten verstößt. Zwar kann die Stadt Bielefeld das Hartz-IV-Gesetz nicht ändern, wohl aber auf die Praxis des Job-Centers Einfluss nehmen. Der Koalitionsvertrag sieht einen „sensiblen Umgang“ mit Sanktionen vor, insbesondere, wenn Kinder betroffen sind. Hier ist im Einzelfall sorgfältig zu erfragen, ob besondere Umstände und Hinderungsgründe einem Versäumnis zugrunde liegen.



Angelika Beier
Mitglied im
Sozial- und
Gesundheits-
ausschuss



Rot-Grün-Rot:

Auf dem Weg zur Gebührenfreiheit!

Die neue Ratskoalition geht die ersten Schritte hin zur Abschaffung der Kitabeiträge. Mittelfristig wollen wir das dritte beitragsfreie Kitajahr für Bielefeld, die Verantwortung dafür liegt jedoch beim Land. Kurzfristig werden wir die Beitragstabelle der Elternbeiträge anpassen, um möglichst viele Eltern schon jetzt zu entlasten. Die bisherige Einkommenstabelle wollen wir so überarbeiten, dass die Beiträge prozentual vom Bruttoeinkommen erhoben werden. Das ist gerechter als Einkommenstabellen

mit Gebührenstufen. Auch den Freibetrag beim Einkommen, ab dem Kitabeiträge erhoben werden, wollen wir weiter erhöhen. So befreien wir hunderte weitere Eltern komplett von den Kitabeiträgen.

Für uns LINKE steht fest: Bildung muss von der Kita bis in die Universität kostenfrei sein, damit alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die bestmögliche Bildung erhalten können.

Dominik Goertz
Mitglied im
Jugendhilfeausschuss